Heft 9-2020 | EUR 8,00 | C 12232 E

Sozialismus.de

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz

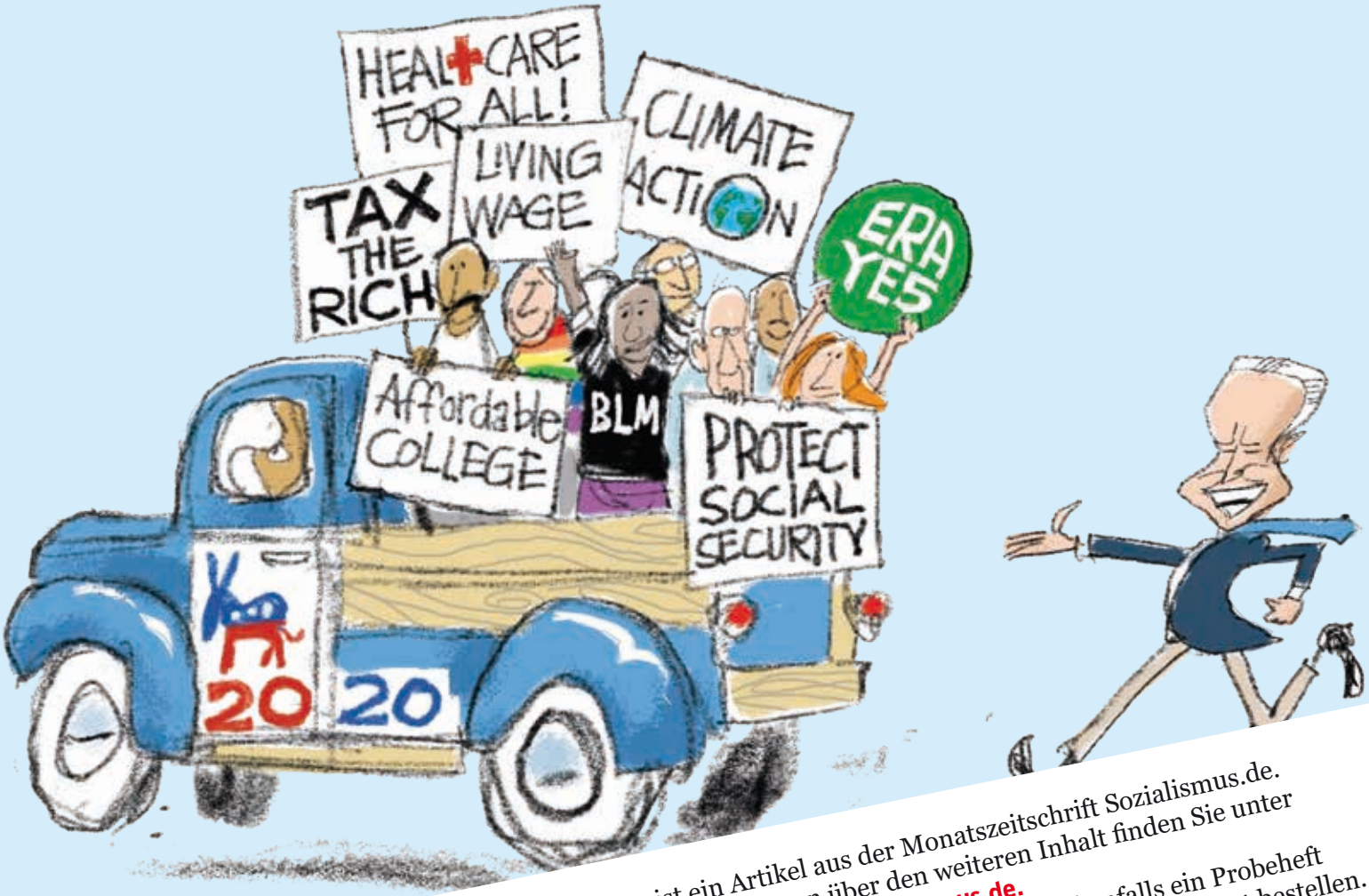
Hans-Jürgen Urban: Transformation in der Bewährung

Heinz-J. Bontrup: Kollektive Arbeitszeitverkürzung

Forum Gewerkschaften

Beiträge u.a. von

Stephanie Odenwald, Alban Werner, Wolfgang Müller, Joachim Bischoff, Bernhard Müller, Markus Mohr, Klaus Wernecke, Heiko Bolldorf



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion zwischen den monatlichen Printausgaben im Netz auf

www.Sozialismus.de

Trump – der neue Friedensstifter im Nahen Osten?

Geheimverhandlungen zwischen Israel, USA und den Vereinigten Arabischen Emiraten sollen zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern führen. Im Gegenzug verpflichtet sich Israel, die Annexionen im Westjordanland und im Jordantal »auszusetzen«..

»New Deal« für ein »Greater Britain«?

Als Boris Johnson vor einem Jahr Premierministers wurde, wollte er zwei Ziele erreichen: Er werde die Brit*innen aus der EU führen und das Königreich zum »großartigsten Ort der Erde« machen.

Tiefe Rezession auch in der Eurozone

Schon vor Corona war die Wirtschaft im Euroraum angeschlagen, jetzt steckt sie in einer massiven Abwärtsspirale. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im 2. Quartal 2020 laut Statistikbehörde Eurostat um 12,1% geschrumpft. Besondern betroffen: die südlichen Länder, vor allem Spanien.

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent*innen und Leser*innen das konkret machen könnten, steht ebenfalls unter

www.Sozialismus.de

Heft Nr. 9 | September | 47. Jahrgang | Heft Nr. 454

Der Kandidat, die Kanzlerin & die Coronakrise

Redaktion Sozialismus:
Linksbündnis unter Führung von Olaf Scholz? 2

Alban Werner:
Wohin will die CDU nach Merkel? 6

Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Die Corona-Pandemie –
Treibsatz für soziale Spaltung 11

Wahlkampagnen im Land der unbegrenzten Möglichkeiten

Joachim Bischoff: Wohin treibt Amerika?
Zum Wahlkampf in den USA 18

Wolfgang Müller: Huawei, Tencent, TikTok
Der US-Vernichtungsfeldzug gegen Chinas Tech-Konzerne 24

»Klassenpatt« in Ljubljana

Heiko Bolldorf:
Autoritärer Populismus in Slowenien 29

Forum Gewerkschaften

Hans-Jürgen Urban: Transformation als Bewährungsprobe
Warum eine sozial-ökologische Reformallianz eine unverzichtbare,
aber schwierige Angelegenheit bleibt 34

Robert Hinke: Tarifkonflikt ohne Blaupause
Zur Tarifrunde im öffentlichen Dienst 2020 42

Otto König/Richard Detje: Vier-Tage Woche. IG Metall setzt
kollektive Arbeitszeitverkürzung wieder auf die Tagesordnung 47

Heinz-J. Bontrup:
Kollektive Arbeitszeitverkürzung ist lange überfällig 51

Fessum Ghirmazion:
Rassismus gemeinsam bekämpfen 56

Streitthemen im Zeitenwechsel

Markus Mohr/Klaus Wernecke: Unerklärte Kriege gegen Israel?
Über Jeffrey Herfs politische Kampfschrift 58

Werner Röhr: Erinnerungen und Tagesnotizen eines ostdeutschen Historikers
(zu Siegfried Prokop, Betrogen von der »Wende«) 64

Stephanie Odenwald: Wir stehen nicht am Anfang, die Welt neu zu denken
(zu Maja Göpel) 66

Impressum | Veranstaltungen & Tipps | Film

Impressum 67

Veranstaltungen & Tipps 68

Marion Fisch: Der letzte Mieter (Filmkritik) 69

Tarifkonflikt ohne Blaupause

Zur Tarifrunde im öffentlichen Dienst 2020

von ■ Robert Hinke

Die Corona-Pandemie stellte sämtliche Planungen für das Jahr 2020 infrage, schließlich zur Disposition. Das gilt für die Regierung, aber auch für Parteien, Verbände, Unternehmen und Gewerkschaften. Die Planungen zum Tarifjahr 2020 machen hier keine Ausnahme. In der Metall- und Elektroindustrie wurde der ursprünglich zum 31. März 2020 gekündigte Entgelt-Tarifvertrag ohne eine Erhöhung der Tabellenentgelte unverändert wieder in Kraft gesetzt – mit einer Mindestlaufzeit bis zum 31. Dezember 2020. Die Zeichen der Zeit stehen auf Beschäftigungssicherung.

Forum Gewerkschaften

Dazu dient die erneute Inkraftsetzung des bereits im Krisenjahr 2010 bewährten Tarifvertrages »Zukunft in Arbeit« (ZiA), die es den Betriebsparteien ermöglicht, über freiwillige Betriebsvereinbarungen kostenentlastende und beschäftigungssichernde Maßnahmen zu aktivieren. Auch in der Druckindustrie, bei Volkswagen und in anderen Bereichen wurden Verhandlungen verschoben oder Interimslösungen gefunden.

Für den öffentlichen Dienst stehen Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des Bundes, der Kommunen sowie kommunaler Unternehmen und Tarifanwender an. Die Gewerkschaft ver.di hatte sich hier einiges vorgenommen. Zunächst sollte die Tarifbewegungen der Jahre 2009 und 2015 für eine Aufwertung der Arbeit im Sozial- und Erziehungsdienst mit neuem Elan in Angriff genommen werden. Es fand nur ein Verhandlungstermin statt, coronabedingt wurden die Verhandlungen ausgesetzt. Sie sollen im nächsten Jahr fortgesetzt werden. Tarifverhandlungen mit dem Bund zu einem Tarifvertrag Digitalisierung konnten zunächst nicht fortgeführt werden; die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) hatte diesem Ansinnen bereits vorab eine Absage erteilt. Die Ergebnisse einer bundesweiten Befragung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst des vergangenen Jahres zur Arbeitszeitthematik bzw. einem Wahlrecht zwischen mehr Geld oder mehr Freizeit konnten kaum über einen Expertenkreis hinaus diskutiert werden und dürften in der Tarifrunde keine Rolle spielen. Auch die Vorbereitungen der Tarifauseinandersetzung für 130 kommunale

26.5.2020: ver.di-Kundgebung vor dem Hamburger Rathaus (Foto: dpa)

Betriebe des öffentlichen Personennahverkehrs in 16 Bundesländern mussten zunächst pausieren. Währenddessen einigten sich ver.di, dbb Tarifunion und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände auf einen Tarifvertrag zur Kurzarbeit (TV Covid). Gemäß der Einigung sind während der Kurzarbeit und drei Monate danach betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen. Das Kurzarbeitergeld wird auf 95% für die Entgeltgruppen 1 bis 10 bzw. ab Entgeltgruppe 11 auf 90% der Nettoentgeltdifferenz aufgestockt.

Tarifrunde in den Kommunen und beim Bund

Der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) gilt für Arbeitnehmer des Bundes und der Kommunen.[1] Beim Bund arbeiten etwa 500.000 Beschäftigte, bei den Kommunen 1,55 Mio.; hierbei gehören 372.000 Personen der Statusgruppe der Beamten an. Die Reichweite des TVöD weist aber weit über diesen Kernbereich des öffentlichen Dienstes hinaus. Er gilt bei zahlreichen öffentlichen Arbeitgebern (etwa Krankenhäusern) und dient zahlreichen Verbandstarifverträgen (AWO, BRK etc.) und Haustarifverträgen (z.B. der Behindertenhilfe) als Referenz – das Tarifwerk spiegelt sich auch in den Arbeitsvertragsrichtlinien des Caritasverbandes.

Am 1. September findet der erste Verhandlungstermin für die anstehende Entgeltrunde des TVöD statt. Zuvor hatte die Verhandlungsführung von ver.di versucht, Corona Rechnung tragend, eine Interimslösung herbeizuführen, um die Verhandlungen im nächsten Jahr regulär aufnehmen zu können. Das darauf zielende Sondierungsgespräch mit Vertretern der VKA fand am 16. Juni statt. Die Arbeitgeber ignorierten das Anliegen von ver.di, über eine gemeinsame Situationsbewertung im Vorfeld der Tarifrunde den Beginn der regulären Verhandlungen gegen eine Einmalzahlung um sechs Monate zu verschieben. Die Vertreter des VKA waren offenkundig an keiner Zwischenlösung interessiert. Angesichts der Finanzlage, eingebrochener Gewerbesteuern und Einnahmeausfällen, wird »Augenmaß« und »Planungssicherheit« verlangt, womit nichts anderes als Akzeptanz eines krisenbedingten Inflationsausgleichs bei einer Laufzeit von 30 bis 42 Monaten gemeint ist. Im Ergebnis wird von ver.di das Einfrieren der Realeinkommen unter Inkaufnahme einer zweieinhalb- bis vierjährigen Friedenspflicht erwartet. Die angemahnte Wertschätzung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, welche das Gemeinwesen trotz Pandemie am Laufen hielten und halten, wurde mit Verweis auf vermeintlich sichere Arbeitsplätze und den Tarifvertrag zur Kurzarbeit gekontert. Die Aussage des Hauptgeschäftsführers Niklas Benrath, dass der VKA als »verlässlicher Verhandlungspartner bereit [stehe], um die lange geplanten Tarifverhandlungen im Herbst dieses Jahres zu führen«,[2] ist erkennbar als Versuch zu werten, die augenblicklich schwierige Verhandlungssituation der Gewerkschaft ver.di für eine tarifpolitische Wende nutzen zu wollen. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes wenig später zu »fairen Verhandlungen«[3] aufzufordern, »die nicht auf dem Rücken der Allgemeinheit ausgetragen werden sollten«,[4] erscheint geradezu grotesk, nachdem man einer coronabedingten Verschiebung der Tarifrunde eine klare Absage erteilt hatte.

Die Bundestarifkommission der Gewerkschaft ver.di hat auf diese unerwartete Kampfansage hin die Entgelttabellen fristgerecht zum 31. August gekündigt. Schon die Beschlussfassung über eine Videokonferenz belegt: Die organisationspolitischen Rahmenbedingungen einer gewerkschaftlichen Forderungsdebatte und Mobilisierung sind alles andere als günstig. Beides muss zudem im Zeitraffer erfolgen, nachdem Forderungsfindung und betriebliche Mobilisierung zeitlich zusammenfallen. Dass dies ausgerechnet in die Urlaubsmonate Juli/August fällt, erhöht die Anforderungen an Haupt- und Ehrenamt zusätzlich.

Strategische Weichenstellung

Der anlaufenden Tarifrunde kommt die Rolle einer strategischen Weichenstellung zu. Die Haltung der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände belegt, dass dessen neuer Führungskreis[5] die Chance wittert, der im Grunde seit 2008 bestehenden tarifpolitischen Dominanz von ver.di ein Ende zu setzen. Leere Kassen scheinen dies aus Arbeitgebersicht auch zu erfordern. Die Politik selbst wird zudem nach milliardenschweren Rettungspakten, Steuereinbrüchen und rückläufigen Versicherungsbeiträgen – ungeachtet der Rückkehr eines konjunkturpolitisch eingehegten Keynesianismus[6] – Maßhalten einfordern und in Teilen zur Austeritätspolitik zurückkehren wollen. Es geht folglich um die grundlegende Frage, wer diese Krise bezahlt. Damit steht eine Auseinandersetzung an über eine gerechte Gesellschaft, welche Bedeutung hierbei der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur zukommt und wie der Sozialstaat künftig zu finanzieren ist.

In der FAZ platzierte Wortmeldungen wie die des Arbeitgeberpräsidenten Ingo Kramer vom 27. Juli bereiten den poli-

Robert Hinke ist Landesfachbereichsleiter für Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen, ver.di-Bayern. Vor seiner hauptamtlichen Gewerkschaftstätigkeit war er als Arbeits-, Betriebs- und Industriesoziologe am Institut für Soziologie an der Friedrich Schiller Universität Jena tätig. Im Winter 2020/21 erscheint im VSA: Verlag sein Buch »Tarif-, Lohn und Leistungspolitik in Ostdeutschland (1945-2004)«. Der Autor bedankt sich bei zahlreichen haupt- und ehrenamtlichen Kolleg*innen für anregende Debatten zur anstehenden Tarifrunde im öffentlichen Dienst. Der nachfolgende Beitrag nimmt mehrfach Bezug auf »Überlegungen zur TR ÖD« des Landesfachbereichsvorstandes (LFB3) in Bayern.

[1] Die Struktur der öffentlichen Arbeitgeber folgt dem föderalen Aufbau des deutschen Staates: Bund, Länder und Kommunen/Gemeinden. Allein der kommunale Bereich kennt einen Dachverband (VKA). Der Bund wird üblicherweise direkt über den Bundesinnenminister repräsentiert. Die Länder werden über die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) vertreten, wobei Hessen die Tarifgemeinschaft 2004 verließ und seither als eigene Tarifpartei auftritt. Die TdL kehrte der drittelparitätischen Verhandlungsgemeinschaft öffentlicher Arbeitgeber den Rücken und verhandelt seit 2006 den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TVL).

[2] VKA, Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst: Sondierungsgespräche bleiben ergebnislos (Pressemitteilung), 16.6.2020.

[3] VKA, Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst: VKA ruft zu Augenmaß in der Krise auf (Pressemitteilung), 18.6.2020.

[4] Ebd.

[5] Nach 14jähriger Amtszeit trat der bisherige Präsident der VKA, Thomas Böhle (München), im März 2019 nicht mehr zur Wiederwahl an. Als seinen Nachfolger bestimmte die Mitgliederversammlung Lüneburgs Oberbürgermeister Ulrich Mädge. Zudem wurden seit Oktober 2019 mit Niklas Benrath und Dr. Wolfgang Spree ein neuer Hauptgeschäftsführer und Geschäftsführer bestellt.

[6] Im Sinne einer nachfrageseitig gestützten Konjunkturpolitik, bar struktureller vermögens- und einkommenspolitischer Maßnahmen.

tischen Raum auf den anstehenden Konflikt bereits vor: »Wir brauchen eine Debatte, mit welchen Reformen wir den Sozialstaat erhalten können.«[7] Damit keine Missverständnisse entstehen, sei seine interessenpolitisch wohlverpackte Sorge konkretisiert: »Die Krise zeigt einmal mehr, dass wir nachhaltig wirtschaften sollten – das muss sich auch beim Sozialstaat bemerkbar machen, nicht nur beispielsweise in einer zukunftssichernden Klimapolitik. Es ist schon eine mehr als riskante Entwicklung, wenn der Sozialstaat jetzt schon das fünfte Mal in Folge stärker gewachsen ist als unsere Wirtschaft – mit mehr als 1 Billion Euro Umfang.«[8] Dass er sich hier auf das Sozialbudget des Arbeitsministeriums bezieht, sei erwähnt. Sein Hauptgeschäftsführer brachte die Zielsetzung bereits zuvor auf den Punkt: »Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Krise und der vor uns stehenden demografischen Veränderungen muss bei den Sozialausgaben gegengesteuert werden. Die zusätzlichen Sozialausgaben in diesem Jahr werden alle auf Pump finanziert. Schon jetzt ist absehbar, dass die Sozialleistungsquote 2020 nochmals stark steigt. All das können wir uns dauerhaft nicht leisten.«[9] Die öffentlichen Arbeitgeber sind nicht Mitglied der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), dennoch können selbst bei unterschiedlichen Motivlagen Zielsetzungen konvergieren.

Innerhalb von ver.di werden verschiedene Haltungen zur Anlage der anstehenden Tarifrunde vertreten. Nachdem sie weder auszusetzen noch zu verschieben war, wird vielfach die Auffassung vertreten, diese im Sinne eines Krisen-Kompromisses »zügig zu durchschreiten«, um sich 2021/22 unter günstigeren Bedingungen auf eine erfolgversprechendere Tarifrunde vorbereiten zu können. Dabei wird nicht nur das Bestreben der Arbeitgeber verkannt, auch die ökonomische Lage und ihre politischen Folgen werden unterschätzt. Hatte die Krise der Jahre 2009/10 der Sozialpartnerschaft zu einer gewissen Renaissance verholfen, so scheint dies angesichts des neuen Ausmaßes des Wirtschaftseinbruchs und der zu erwartenden Probleme einer wirtschaftlichen Wiederbelebung des internationalen Handels alles andere als ausgemacht. Die rückblickende Hoffnung auf einen baldigen Aufschwung könnte sich im Falle einer zweiten Welle an Corona-Infektionen in ihr krasses Gegenteil verwandeln.

Hinsichtlich der öffentlichen Haushalte ist abzusehen, dass diese für mindestens eineinhalb Jahrzehnte mit den Konsequenzen der Corona-Krise zu kämpfen haben werden. Demnach ist für das Jahr 2021/22 mit keiner grundlegend besseren gewerkschaftlichen Ausgangssituation zu rechnen. Umso mehr gilt es, den (noch) bestehenden Rückenwind anerkannter Systemrelevanz zu nutzen und eine offensivere Tarifkampagne für den öffentlichen Dienst aufzulegen. Ein Jahr vor der Bundestagswahl heißt dies auch, der Tarifrunde zu einer politischen Stoßrichtung zu verhelfen. Es gilt frühzeitig auf die Programmatiken und Wahlkampfprogramme der Parteien Einfluss zu nehmen.

Interne Divergenzen

In den letzten Monaten wurde den Bürger*innen die Systemrelevanz des öffentlichen Dienstes deutlich vor Augen geführt. Nie zuvor wurde die Bedeutung des öffentlichen Nahverkehrs, der Energieversorgung, der Entsorgungsbetriebe, der Verwaltung, der Gesundheitsämter, der Kita-Betreuung, der Krankenhäuser etc. deutlicher als im allgemeinen Lockdown. Allem voran wurde die Bedeutung des Gesundheitswesens ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Dies verschafft den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und ihrer Gewerkschaften ungeachtet aller Restriktionen hinsichtlich Mitgliederansprache, Personalversammlungen etc. ein kurzes Zeitfenster öffentlichen Rückenwindes, das es zu nutzen gilt.

Angesichts dieser öffentlichen Resonanz bleiben die ver.di-intern differierenden Standpunkte zur Tarifrunde begründungspflichtig, sofern man sie nicht auf unterschiedliche politische Haltungen verkürzen will. Ein Blick auf die Folgen der Corona-Krise für die verschiedenen ÖD-Fachbereiche, Teilbranchen und Berufsgruppen verweist auf objektiv unterschiedliche Interessenlagen. Während etwa die Beschäftigten an Flughäfen vorrangig an Beschäftigungssicherung und Inflationsausgleich interessiert sein dürften, bangen die Gewerkschaftsmitglieder der Sparkassen um ihre Tarifbindung und hoffen auf verhaltene Entgeltsteigerungen. Die Erwartungshaltung der Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen hingegen ist enorm, für den Tarifbereich der Krankenhäuser geradezu gewaltig. Letzteres folgt aus der spezifischen Frontstellung der Krankenhausbeschäftigten bei der Bewältigung der Corona-Krise. Die aufopfernde Arbeit, teils in 12-Stunden-Schichten und mehr, rund um die Uhr, bei oftmals mangelhafter Schutzkleidung und gesundheitlichen

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Vierteljahreszeitschrift 31. Jahrg., Nr. 123, Sept. 2020, 248 S.

Corona-Krise und Kapitalismus

Foster/Suwandi – ***Covid-19 und Katastrophenkapitalismus (I)*** / Goldberg/Leisewitz/Reusch – ***Corona-Krise, Kapital und Politik in der BRD*** / Zimmering – ***Corona in Lateinamerika***

Jugend und Politik

Kaiser/Broszukat – ***Klimakrise und Gewerkschaften*** / Karg/Laßhof – ***Krisenwahrnehmung von Jugendlichen*** / Volprich – ***Shell-Studie*** / Hautsch – ***Streaming: Medien als Fastfood*** / Ehling – ***(Linke) Parteien und ihr Klassenbezug – Brüche im Generationenverlauf***

DDR 1989/90 – Sozialismusbilanz: Roesler – ***Reparationsleistungen und Systemwettbewerb*** / Leibiger – ***Eigentum im Sozialismus***

Und: Wehr – ***Scheitern oder Niederlage?*** / Solty – ***Kein Marxismus ohne Engels*** / Boris – ***Die „Spätmoderne“ ohne Illusionen betrachtet***

Sowie: Kommentare; Diskussion – Kritik – Zuschriften; Zeitschriftenschau; Berichte, Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl.Versand) im Abo: 35,00 Euro; Auslandsabo 43,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 28,00 u. Ausland 36,- €. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt: Z-Vertrieb: Postfach 700 346, 60553 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4406

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de - e-mail:redaktion@zme-net.de

26.5.2020: ver.di-Kundgebung vor dem Hamburger Rathaus (Foto: dpa)

Risiken, verbunden mit einer Gefährdung eigener Angehöriger, transformieren persönliche Erwartungen zu gesellschaftlich manifesten Ansprüchen. Öffentlicher Applaus, Aufwertungsbekundungen aus der Politik und wohlfeile Erklärungen und Forderungen seitens der Arbeitgeber befördern die Erwartungen der Beschäftigten, insbesondere in der Pflege. Politisch erfolgte, tariflich erstrittene und betrieblich erwirkte Corona-Prämien bestätigen die Erwartung auf materielle Anerkennung. Die erzielte Corona-Prämie in der Altenpflege und den verschiedenen hier beschäftigten Berufsgruppen wird vonseiten der Krankenhausbeschäftigten hingegen vielfach als ungerecht empfunden, als diese überwiegend höher liegen als in den Krankenhäusern und zudem hinsichtlich der Prämien-Berechtigten sehr viel weiter gefasst sind. Letzteres benennt Spannungen selbst innerhalb eines Fachbereiches. Quer zu einzelnen Teilbranchen dürften die Arbeiter*innen um mehr Aufmerksamkeit ringen, wobei auch deren Interessen nur schwer auf einen Nenner zu bringen sein dürften. Die hier knapp skizzierten Differenzen haben nicht nur Folgen für die Forderungsdebatte, sie strapazieren die (inner-)gewerkschaftliche Solidarität und somit deren Mobilisierungs- und Konfliktbereitschaft.

Solidarität ist keine Gegebenheit, die schlicht abgerufen werden kann. Sie ist im Kleinen wie im Großen stets neu herzustellen. Ob die favorisierte Strategie »kein Blumenstrauß« hier trägt, scheint fraglich und dürfte schon in den Verhandlungen kaum durchzuhalten sein. Umso mehr gilt es, eine offensive (Dach-)Kampagne für den öffentlichen Dienst aufzulegen. Zielrichtung: »Wir (allein) bezahlen die Krise nicht« und »Der öffentliche Dienst ist systemrelevant« (oder gleichsam erneuert: »Öffentliche Daseinsvorsorge ist wesentlich«). Mit dieser Klammer sollten sich alle Fachbereiche mit ihren tariflichen Forderungen und politischen Schwerpunkten in der *gemeinsamen* Kampagne einbringen und wiedererkennen können.

Mit einer solchen Strategie ließe sich die interne Konzertierung entlasten und die unterschiedlichen Interessenlagen zugleich offensiv aufgreifen. Letztendlich würde auch die Tarifrunde selbst vor überzogenen Erwartungen geschützt: Das Ergebnis der Tarifverhandlungen muss sich nicht allein in Entgeltvolumina bemessen lassen. Das derzeit genutzte Motto »Jetzt seid ihr dran« nimmt nicht auf die Corona-Krise Bezug, ist zu sehr einer regulären Tarifrunde verhaftet, befördert Stellvertreterpolitik und orientiert allein auf Entgeltsteigerungen. Die Entgeltrunde ist dringend politisch aufzuladen! Es gilt Lehren aus der Corona-Krise zu ziehen und einem »social movement« um die Zukunft der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur auf den Weg zu verhelfen.

Beispiel Gesundheitswesen

Forum Gewerkschaften

Auch wenn die Erwartungen und Ansprüche der Beschäftigten der Krankenhausbranche derzeit weder mit den Organisationsgraden korrespondieren, noch mit traditionell verstandener tarifpolitische Konfliktfähigkeit, erwächst aus ihr eine neue Mobilisierungsressource und – sofern erschlossen – tarifpolitische Mächtigkeit. Bereits in den vergangenen Tarifrunden kam den Krankenhäusern besondere Bedeutung zu – als Sammelpunkte für bezirkliche Aktionen und Kundgebungen, bei der ökonomischen Druckentfaltung und auch im Kampf um die »herrschende Meinung«. Tarifrunden im öffentlichen Dienst werden maßgeblich über die öffentliche Meinung gewonnen oder verloren. Insbesondere das über die Pandemie gewachsene Ansehen der Pflege kann »ver.di im Konflikt« insgesamt zu Reputation verhelfen. Es ist damit zu rechnen, dass angesichts verlängerter Kurzarbeit und Personalabbau in anderen Branchen arbeitgeberseitig Ressentiments gegen den öffentlichen Dienst geschürt werden. Eine entsprechende – auch präventiv angelegte – Kommunikationspolitik kann mit einschlägigen Forderungen unterlegt und bestritten werden.

Für den Krankenhausbereich, vor allem mit Blick auf die Pflege, geht es um die Glaubwürdigkeit von ver.di. Wir können nicht einerseits Applaus und einmalige Prämien als unzureichend kritisieren und zugleich die erste Gelegenheit für eine materielle Besserstellung ungenutzt verstreichen lassen. Zumal Politik und Arbeitgeber eine Aufwertung fordern. Finden sich die Krankenhausbeschäftigten nicht in der Forderung von ver.di wieder, ist mit einem nachhaltigen Flurschaden zu rechnen. Niemandem ist zu vermitteln, dass Politik und Arbeitgeber eine Aufwertung der Pflege fordern und ver.di dies nicht aufgreift (auch um diese beim Wort nehmend zu stellen). Im-

[7] FAZ, »Nachhaltig wirtschaften«: Arbeitgeber warnen: Der Sozialstaat wird zu groß, 7.7.2020, www.faz.net/aktuell/wirtschaft/bda-chef-kramer-warnt-vor-zu-grossem-sozialstaat-16877896.html

[8] Ebd.

[9] BDA, Zum Sozialbudget 2019 erklärt BDA-Hauptgeschäftsführer Steffen Kampeter, 10.7.2020, https://arbeitgeber.de/www/arbeitgeber.nsf/id/D0ADA3259B052985C12585A10029B775?open&ccm=200018

merhin haben Arbeitgeber landauf-landab erklärt, sie würden Prämien auszahlen, wären diese nur tarifiert. Der Gesetzgeber hat mit der Umstellung der Krankenhausfinanzierung bzw. der Einrichtung von Pflegebudgets eine Refinanzierung der Personalkosten in der Krankenpflege – je nach Krankenhaus und Anteil der Pflege am Bett – von 60% bis 80% sichergestellt. Im Länderbereich, bei Krankenhauskonzernen und in zahlreichen Haustarifverhandlungen wurde die Situation bereits genutzt, Pflegezulagen einzuführen. Berücksichtigt man neben der Frage der Refinanzierung, dass ver.di den Pflegenotstand erfolgreich zum Thema gemacht hat und die Gewinnung von zusätzlichen Pflegekräften (im Krankenhaus und in der Altenhilfe) als eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen (demografischer Wandel) gilt, wird erkennbar, dass neben konkurrierenden Verbänden selbst ver.di wohlgesonnene Politiker*innen, Expert*innen und Verbände wenig Verständnis aufbrächten, sollten die gegebenen Möglichkeiten nicht genutzt werden. Die Frage der Glaubwürdigkeit beginnt bei der Forderung!

Ein Jahr vor der Bundestagswahl ist die oben genannte Rahmung des Konfliktes für die öffentliche Resonanz und gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit kaum zu überschätzen. Der Bundesfachbereich 3 hat eine Kampagne »Gesicht zeigen!« aufgesetzt, die die Forderungen nach einer verbindlichen Personalbemessung (PPR 2.0), einer bedarfsgerechten Finanzierung (statt Fallpauschalen) und gegen Krankenhausaufspaltungen (Krankenhausarbeit ist Teamarbeit) offensiv zur Geltung bringt.[10] Hierbei handelt es sich um eine Fotopetition, welche parallel zur Tarifrunde durchgeführt wird. Die Fotopetition und die Tarifrunde sollen sich wechselseitig dynamisieren.[11] Damit lässt sich der Druck auf die Politik und Arbeitgeber erhöhen. Die im Fachbereich bewährten Instrumentarien (Telefonkampagnen, Mapping, Stationsdelegierte etc.) lassen sich hier gut für beide Projekte nutzen.

Ver.di benötigt eine Forderung, welche insbesondere den Krankenhausbereich mobilisiert und dennoch anschlussfähig bleibt. Hier sind etwa »Restanten« ins Feld zu führen, die in der Tarifrunde aktualisiert gehören. Zur Erinnerung: Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände hatte in der Tarifrunde 2018 zugesagt, sofern das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz in Kraft tritt, die Beschäftigten im Krankenhausbereich hinsichtlich bezahlter Pausen bei Wechselschichtarbeit und des Zeitzuschlages für Samstagsarbeit (20%) mit den weiteren Beschäftigten im öffentlichen Dienst gleichzustellen. Das Gesetz ist seit Januar 2019 in Kraft. Die Arbeitgeber haben sich zwischenzeitlich darauf zurückgezogen, dass eine Verhandlungszusage in kein Ergebnis münden müsse. Das Thema gehört erneut aufgegriffen. Das Verhalten der Arbeitgeberseite ist unerhört, die Ungleichbehandlung im öffentlichen Dienst offenkundig. Es handelt sich im Grunde um keine neue Forderung, sie steht bereits auf der Agenda und ist zu einem Ergebnis zu führen.

Würde zudem statt einer prozentualen Entgelterhöhung ein Festbetrag erwogen, ließe sich an der Corona-Prämien-Debatte für systemrelevante Berufe anknüpfen. Der öffentliche Dienst ist insgesamt systemrelevant. Im Ergebnis mögen Mischungen aus Fest-, Mindest- oder Sockelbeträgen und prozentualer Entgeltsteigerung denkbar sein, die den unteren Entgeltgruppen der Arbeiterschaft entgegenkommen und Verhandlung über (Pflege-) Zulagen ermöglichen.

Mobilisierung unter Corona-Bedingungen

Angesichts der Blockadehaltung der Arbeitgeber ist von einer außergewöhnlich konfliktären Tarifrunde auszugehen – sofern wir uns als ver.di zutrauen, die Forderungen der Beschäftigten im Konflikt durchzusetzen. Dies gilt sowohl unter materiellen Gesichtspunkten als auch mit Blick auf qualitative Forderungen (etwa zur Beschäftigungssicherung). Wir müssen darauf setzen, unsere Mobilisierungspotenziale auszureizen. Auch wenn etwa Kitas in Bayern, Baden-Württemberg etc. aufgrund der Eingewöhnungsphase der Kinder vorerst kaum für eine Streikbewegung zu gewinnen sein dürften, müssen diese über alternative Beteiligungsformen einbezogen und als Erzieher*innen und Kinderpfleger*innen in Erscheinung treten können. Dies gilt zumal zur Vorbereitung des Neustarts der Aufwertungskampagne für den SuE-Bereich im nächsten Jahr. Die Beschäftigten der Flughäfen sind schon aus Mangel an Flugverkehr nicht in gewohnter Manier einzubeziehen, müssen aber im Konflikt Flagge zeigen. Weiterhin sind die Einrichtungen und Betriebe der Repräsentant*innen der Arbeitgeberverbände gezielt in den Tarifkonflikt einzubeziehen. Zivilgesellschaftliche Bündnispartner sind zu gewinnen. Die Auseinandersetzung im ÖPNV ist strategisch mit der Tarifrunde zu verknüpfen und kann zur Mobilisierung des gesamten ÖD-Bereiches beitragen. Spricht man den Krankenhäusern in der Tarifbewegung eine wesentliche Rolle zu, muss man ihnen auch die Mittel in die Hand geben, dieser im Tarifkonflikt gerecht zu werden.

Über Monate hat die Corona-Krise das politische und wirtschaftliche Leben im Griff – die Pandemie ist noch nicht überwunden. Mit einer zweiten Welle wären erneute Einschränkungen unserer gewerkschaftlichen Arbeit verbunden. Folglich sind alternative Möglichkeiten der Mitgliederansprache und Beteiligung zu finden, kreative Formen für betriebliche Aktionen, für Demonstrationen und Kundgebungen anzudenken. Diese müssen über dezentrale Initiativen ergänzt und betrieblich verbreitert werden. Wenn im öffentlichen Raum nur Kundgebungen mit bis zu 100 oder 200 Teilnehmer*innen möglich sind, dann muss man seine Kundgebungen medienwirksam über die Stadt verteilen etc.

Die Verhandlungsführung von ver.di ist angesichts der Tragweite und Komplexität der Tarifrunde im öffentlichen Dienst nicht um ihren Job zu beneiden. Es geht um einen Tarifkonflikt ohne Blaupause. Unser aller Engagement als Gewerkschafter*innen ist gefragt.

[10] Auch andere Teilbranchen verfolgen eine Politisierung ihrer Tarifrunden. So etwa die Kolleg*innen im Bereich des ÖPNV. Die Verhandlungen werden mit dem Thema Klimaschutz verknüpft und Aktivist*innen von FFF konnten als Bündnispartner gewonnen werden. Bislang scheinen diese Doppelstrategien eher zufällig und nicht zu einem übergreifenden Gesamtkonzept für die Tarifrunde gebündelt zu werden.

[11] Für die erfolgreiche Durchführung dieser komplementär angelegten Doppelstrategie ist es zentral, dass die Beschäftigten diese als Chance verstehen, auf zwei Ebenen gleichzeitig – tariflich und politisch – für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen aktiv zu werden.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 75,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie ❒ Kapital ❒ 68er ❒ ABC

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 55,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie ❒ Kapital ❒ 68er ❒ ABC

❒ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 16,-/Ausland € 25,-).

❒ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

_____
Name, Vorname

_____
Straße

_____
Plz, Ort

_____
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

_____
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als Postkarte freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de